

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

In dieser Ausgabe:

Biopatente

Schutz der Meere

Sicherheitsverwahrung

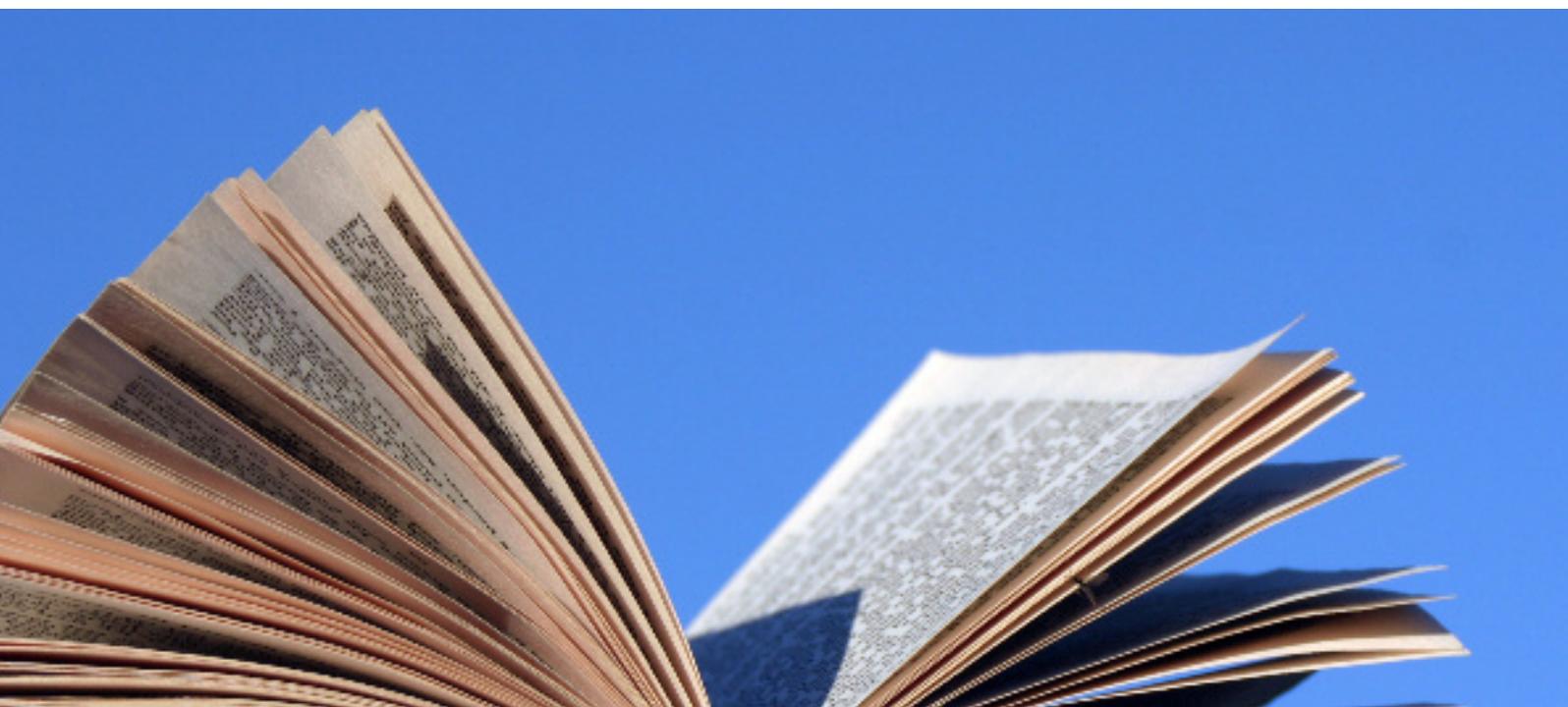
Europa in der Krise

Wirtschaftskrise

Bund muss beim Kita- ausbauziel nachlegen!

Inhalt

Bund muss beim Kitaausbauziel nachlegen!.....	Seite 3
Diana Golze	
Globales Handeln für globale Meere.....	Seite 4
Sabine Stüber	
Rückt Europa nach rechts?.....	Seite 6
Thomas Nord	
Schwarz-Gelb sägt an dem Ast, auf dem die Wirtschaft sitzt.....	Seite 7
Dagmar Enkelmann	
Mut zum Risiko.....	Seite 8
Wolfgang Neskovic	
Könnten Spreewälder Gurken patentiert werden?.....	Seite 9
Kirsten Tackmann	
Pressemitteilungen	Seite 10
Reden der Landesgruppenmitglieder.....	Seite 13
Parlamentarische Initiativen der Linksfraktion.....	Seite 14
Wahl des Bundespräsidenten.....	Seite 18
Interview mit Gesine Löttsch	
Kontakt	Seite 19
Impressum	Seite 20



Bund muss beim Kita- ausbauziel nachlegen!

Bertelsmann-Studie bestätigt LINKE in ihrer Kritik

von Diana Golze

Auch im Jahr 2010 kommt ein Kitaplatz in vielen Städten in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen, in Bayern oder in Baden-Württemberg einem Lottogewinn gleich. Im Jahr 2008 wurde das sogenannte Kinderförderungsgesetz mit hoher gesellschaftlicher Akzeptanz beschlossen. Dieses soll den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr sichern. Diesen hat die damalige Regierung aber auf die lange Bank geschoben, denn er soll erst 2013 gelten. Auch die im Gesetz angestrebte Betreuungsquote von 35% wurde von der Fachwelt schon vor 2 Jahren als zu niedrig eingeschätzt. Gleiches gilt für die finanziellen Mittel, die der Bund dafür in die Hände nimmt. Sie sind in ihrer Höhe viel zu mager und haben nichts mit den Haushaltsrealitäten in den Ländern und in den Kommunen zu tun.

Nun gibt es seit Beginn dieser Woche eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, die eine sehr deutliche zentrale Aussage trifft: Die neuen Zahlen legen nahe, dass dieses angestrebte Angebot bei weitem nicht ausreichen wird. Die Erhebungen der Stiftung zeigen deutlich, dass bereits jetzt weit mehr Eltern planen, ihre Kinder zumindest stundenweise in einer öffentlichen Einrichtung betreuen zu lassen. Das Ziel, den Bedarf an Kinderbetreuung zu decken, in dem man für 35% der unter Dreijährigen Plätze schafft, dürfte damit endgültig als unrealistisch abgestraft worden sein.

Für die Kommunen kommt es so richtig dicke: Nicht nur, dass im Jahr 2013 die Eltern bei ihnen an die Tür klopfen werden, um den Rechtsanspruch ihrer Kinder durchzusetzen. Sie werden auch noch durch zusätzliche Kosten für mehr Betreuungspersonal belastet und damit von der Bundesregierung allein gelassen. Denn zusätzliche Finanzierung durch den Bund? Fehlanzeige!

Daher fordert DIE LINKE: Der Bund muss sich dauerhaft und umfassend an der Finanzierung der Kindertagesbetreuung beteiligen. Wer Zukunftsprogramme ins Leben ruft, kommt an einer massiven Erhöhung der Ausgaben nicht vorbei.

Die Studie der Bertelsmann Stiftung finden Sie hier:
<http://www.laendermonitor.de>



Globales Handeln

Bild: NASA.org

von Sabine Stüber

An die Nachricht, dass seit dem 22. April Öl in den Golf von Mexiko fließt, haben wir uns gewöhnt. Über den Nachrichtenticker laufen längst neue Top News. Was da passiert, ist weit weg. Und wenn täglich 8 Millionen Liter Öl ins Meer strömen, übersteigt das eh unsere Vorstellungskraft.

Ganze Fischbestände weichen vor der giftigen Öl-Massen Richtung Florida aus. So etwas wurde bisher noch nie beobachtet und es bedeutet: Das Wasser ist von unten nach oben durchdrungen von Öl und giftigen Stoffen. Fische können das riechen, sagen die Experten.

Bekämpft wird das Öl mit Chemikalien. Sie sollen verhindern, dass Öl an die Wasseroberfläche steigt und an Land geschwemmt wird. Das ist zusätzlich tonnenweise Chemie. Experten meinen auch, dass der verseuchte Wasserkörper teilweise in den Atlantik gelangen kann. Zwischen Florida und Kuba kann er in den Golfstrom gezogen werden und dann Teile der amerikanischen Ostküste erreichen. Auf jeden Fall wären die Laichplätze der Europäischen Aale betroffen. Und schon

Fakten zur ölkatastrophe

- täglich laufen nach Schätzungen zwischen 8 und 9,5 Mio. Liter Öl aus
- die bisherige Menge ausgelaufenen Öls hätte die US-Wirtschaft weniger als 4 Stunden am Laufen gehalten
- 100 Mio. Dollar täglich kostet die Katastrophe, schätzt BP
- über 400 Tierarten sind gefährdet
- 25 Mio. Vögel passieren die Gegend täglich und sind gefährdet
- 24 neue Ölbohrprojekte wurden seit der Katastrophe bewilligt, 2 an BP

für globale

MEERE

sind wir vor unserem eigenen Fischteller angelangt.

Auch in Europa wird unterdessen in großen Tiefen gebohrt. Erfahrungen mit der Sicherheitstechnik hat die Ölindustrie bisher allerdings nur in flacheren Meeresbereichen. In mehr als 1500 m Tiefe müssen Roboter eingesetzt werden. Man hat keinen direkten Zugriff mehr auf die Ölquelle, und eine Störung wird unkalkulierbar. Umweltverbände fordern deshalb global ein Moratorium für Tiefseebohrungen. Das Pro-

blem dabei ist, es gibt keine Institution, die weltweit zuständig und anzurufen wäre.

Irland hat gerade sein Meeresgebiet zur Rohstofferkundung freigegeben. Vor wenigen Tagen schrieb die Regierung in Oslo weitere Offshore-Ölbohrungen aus, auch in der Tiefsee.

Die Sicherheitsbestimmungen für die deutschen Meeresgebiete sind gut. International angewendet, wären sie ein notwendiger Schritt, dem weitere

folgen müssen. Denn Meere halten sich nicht an Grenzen, und bisher gibt es keinerlei Regelungen für die Haftung bei Ölverschmutzungsschäden durch fest installierte Ölplattformen, auch nicht in der Nordsee.

Unter der Webadresse: <http://www.ifitwasmyhome.com> können Sie die Ausmaße des Ölteppichs im Vergleich zu Ihrer Heimatregion erkennen.



Rückt Europa nach rechts?

von Thomas Nord

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat spürbar politische Auswirkungen in den EU-Ländern. In den jüngsten Wahlergebnissen spiegelt sich die Enttäuschung der Bevölkerung gegenüber regierenden Parteien wider. Es wird nach Schuldigen für die Krise und ihre Auswirkungen gesucht. So konnten in vergangenen nationalen Wahlen in Europa besonders Parteien mit rechtsextremistischen und antiislamischen -Haltungen einen Stimmengewinn verzeichnen. Diese betreiben nicht nur Propaganda mit ihrer Forderung nach einem „nationalen Bewusstsein“, sondern hetzen die Bevölkerung mit „Feindbildern“ gegen Minderheiten auf, die in der Krise als „Sündenböcke“ erhalten müssen.

In Belgien ist der Fraktionsleiter der Vlaams Belang Dewinter der Meinung, der Islam gehöre nicht nach Europa. Seine Partei hatte in der nationalen Wahl am 13. Juni 2010 7,7% erreicht. Der islamkritischen Liste Dedeker gelang 2009 auch schon der Sprung ins Europäische Parlament.

In den Niederlanden hat die Freiheit-Partei (PVV) von Geert Wilders seine Stimmen mehr als



verdoppeln können (15,5%). Er forderte bereits im Wahlkampf, den Bau von Moscheen gesetzlich zu verbieten. Die PVV verbreitet Anti-Islam-Parolen und hat erklärt, die Immigration von Moslems nach Europa zu stoppen. Wilders arbeitete 2004 an einem Film mit, der die Botschaft verbreitet, der Islam wolle die Welt erobern.

Die neue britische Regierung ließ jüngst Überwachungskameras in überwiegend von Moslems bewohnten Stadtteilen von Birmingham installieren und will die Einwanderung beschränken. Der neue Premierminister Cameron (Conservative and Unionist Party) hatte im Wahlkampf versprochen, die Zahl der Immigranten zu verringern.

Die rechtsextreme Jobbik-Partei Ungarns wendet sich in faschistischer Manier gegen Sinti

und Roma. Sie hat in der Wahl im April stark zugelegt (16,7%). Sie fordern ein Programm nach dem Motto „Kauft Ungarisch!“ Vokabeln wie „ausrotten“ gehören zu ihrem Vokabular. Zudem besitzen sie einen paramilitärischen Arm, die „Neue Ungarische Garde“.

Gegen diesen Trend spielen eindeutig rechtsextreme und neonazistische Gruppen in Tschechien sowie in der Slowakei keine Rolle in der Parteipolitik. Im Februar 2010 kam es erfreulicherweise sogar zum Verbot einer rechtsextremen Partei in Tschechien. Jedoch verschaffen sich dort rechtsextreme Gruppen durch öffentliche Auftritte Gehör, z.B. im Juni in einem vorrangig von Roma bewohnten Stadtviertel, um „gegen den Zigeunerterror“ zu protestieren.

In Deutschland bejahen mittlerweile mehr als zwei Drittel aller muslimischen Gläubigen in Deutschland eine pluralistische Gesellschaft. Dagegen sind nach einer Umfrage 29% der BürgerInnen Deutschlands der Meinung, Moslems solle die Zuwanderung in die Bundesrepublik untersagt werden.



Schwarz-Gelb sägt an dem Ast, auf dem die Wirtschaft sitzt

von Dr. Dagmar Enkelmann

Wirtschaftlich übt sich Schwarz-Gelb gegenwärtig in einer Schönwetterpolitik. Abweichend von der vereinbarten Tagesordnung setzte die Koalition in dieser Woche eine Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Brüderle durch. Mit der Konjunktur gehe es bergauf, heißt es. Tatsache ist: Diese Entwicklung gibt es nicht wegen, sondern trotz der Politik der Bundesregierung.

Zunächst ist festzuhalten: Die Bundesrepublik ist noch weit vom Wirtschaftsniveau vor der Krise entfernt. Zwar legte von Januar bis März 2010 - verglichen mit 2009 - das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,6 % zu, das bedeutet aber auch: Im Vergleich zu 2008 steht beim BIP noch immer ein Minus von 5,3 % zu Buche. Der wichtigste Grund dafür ist: Nach wie vor liegt die Binnennachfrage am Boden. Die Löhne in Deutsch-

land sanken in den letzten Jahren real um 11 Prozent. Mit dem "Sparpaket" sollen im Sozialetat in den nächsten Jahren 30 Milliarden Euro nicht "gespart", sondern gestrichen und gekürzt werden. Das ist nicht nur unsozial, sondern senkt auch die Kaufkraft und wird weiter wachsende Armut, gerade im Osten, erzeugen. Forderungen der LINKEN wie Mindestlohn, höhere Hartz-IV-Sätze, mehr Kindergeld und der Wegfall aller Rentenkürzungen stellen deswegen allerbeste Konjunkturpolitik dar.

Weil die Bundesregierung bis heute nichts aus der Krise gelernt hat, droht der "Aufschwung" ein Strohfeuer zu werden. Nach wie vor orientiert sie sich am Export, in erster Linie bei der Autoindustrie. Das ist nicht nachhaltig. Nicht ohne Grund setzen jetzt die Konjunkturforscher

des DIW Berlin ihre Wachstumsprognose für 2010 auf 1,9 Prozent herauf, senkten aber ihre Erwartungen für 2011 von 1,8 auf 1,7 Prozent. Ihre Begründung ebenso: Wieder hänge alles von der Auslandsnachfrage ab.

Gerade in diesem Punkt sind auch die Ergebnisse des G8-G20-Gipfels in Toronto wenig ermutigend. Die Bundesrepublik hat ihre unsoziale Schuldenbremspolitik jetzt den anderen Staaten schmackhaft gemacht. Nun wird nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in vielen anderen Ländern ein "Sparpaket" aufgelegt. Wenn aber alle streichen und kürzen, kann man den Bürgerinnen und Bürgern dort auch keine Exportgüter mehr verkaufen. Die Wahrheit ist: Die Bundesregierung sägt an dem Ast, auf dem die Wirtschaft sitzt.



Mut zum Risiko

von Wolfgang Nešković

Die Koalition hat Eckpunkte für eine Reform der Sicherungsverwahrung vorgelegt. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zwingt sie dazu. Denn in manchen Fällen ist die Sicherungsverwahrung menschenrechtswidrig. Die CSU läuft nun Sturm gegen die Vorschläge der Bundesjustizministerin. Besonders wichtig ist den Scharfmachern aus Bayern die Stärkung der nachträglichen Sicherungsverwahrung.

Sicherungsverwahrte müssen nach Verbüßung ihrer Strafe allein aufgrund des bloßen Verdachts, rückfallgefährdet zu sein, in Haft bleiben. Dies wird in den meisten Fällen bereits bei Verurteilung des Täters angeordnet. Bei nachträglich Sicherungsverwahrten liegt der Fall anders. Für sie wird Sicherungsverwahrung angeordnet, nachdem sie verurteilt worden sind und die Haft angetreten haben. Währenddessen haben sie sich keines neuen Verbrechens schuldig gemacht. Sie werden ein-

zig aufgrund ihres Verhaltens hinter Gittern für unfähig erklärt, sich jemals wieder in die Gesellschaft einfügen zu können.

Es ist angesichts dessen absurd, eine weitere Verschärfung der bestehenden Gesetze zu verlangen. Die Sicherungsverwahrung bestraft Taten, die Verbrecher irgendwann eventuell begehen könnten. Das Rechtssystem präsentiert sich hier als Hellseher – und offenbart damit nur seine Machtlosigkeit. Denn niemandem von uns ist es möglich, die Entwicklung eines Menschen mit der notwendigen Sicherheit vorherzusagen. Aus meiner langjährigen strafrichterlichen Praxis weiß ich, dass viele Straftäter, die häufig rückfällig geworden sind, plötzlich wieder rechtstreu werden. Die Gründe hierfür sind ebenso vielfältig wie unvorhersehbar.

Es ist zu bezweifeln, ob das Verhalten eines Menschen in Frei-

heit anhand seines Verhaltens in der Ausnahmesituation des Gefängnisses eingeschätzt werden kann. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen begehen 90 % aller Sicherungsverwahrten nach ihrer Haftentlassung keine einschlägigen Straftaten mehr. Doch weil sie niemand von den 10 % unterscheiden kann, die wieder straffällig werden, bleiben 100 % in Haft. Unser Staat sperrt also lieber neun Unschuldige ein, als einen gefährlichen Täter in Freiheit zu wissen. Die Gesellschaft gibt diese eigentlich wiederingliederungsfähigen Menschen auf und beraubt sie ihres Lebens. So vergehen wir uns nicht nur am Leben einzelner Menschen, sondern auch an unseren rechtsstaatlichen Idealen.

Der Rechtsstaat ist eine Risikoveranstaltung. Zur Bewahrung echter Freiheit müssen wir deswegen auch Risiken in Kauf nehmen.

Könnten Spreewälder Gurken privatisiert werden?



Bild: pixelio/berwis

von Dr. Kirsten Tackmann

Am Donnerstagnachmittag tauschte sich der Bundestag über das Thema Biopatente aus. Die meisten Rednerinnen und Redner waren sich einig, dass Leben nicht patentiert werden darf. Auch für DIE LINKE ist klar: Wir lehnen die Patentierung von Tieren, Pflanzen und ihren Genen ab. Denn Natur kann man entdecken, aber nicht erfinden und nur Erfindungen können als geistiges Eigentum patentiert werden. Wir wollen verhindern, dass sich Saatgutunternehmen, Chemieindustrie oder Gentechfirmen die Grundlagen des Lebens unter den Nagel reißen können.

Eigentlich ist dies durch das bestehende EU-Recht auch ausgeschlossen. Aber eben nur eigentlich. Windige Juristen unterlaufen Vorgaben aus Brüssel im Auftrag der Industrie oder von Züchtungsfirmen. Spielräume in der offensichtlich zu löchrig formulierten EU-Biopatentrichtlinie werden skrupellos ausgenutzt.

Diese Schlupflöcher gibt es nicht aus Versehen, sondern mit voller Absicht. sie müssen schnellstmöglich geschlossen werden.

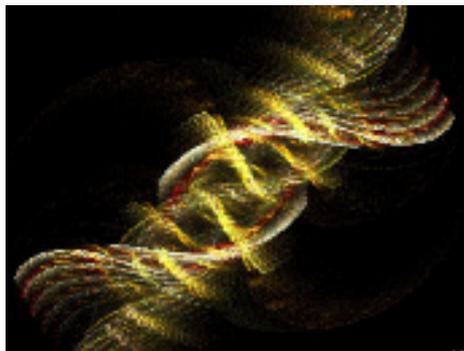
Ein Beispiel: Es dürfen keine Patente auf „im Wesentlichen“ biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren erteilt werden. Doch wer definiert „im Wesentlichen“? Dem Missbrauch ist damit

Tür und Tor geöffnet. Auch dürfen Patente auf Gene eigentlich nicht vergeben werden (außer sie wurden gentechnisch verändert), doch wenn bestimmte Funktionen des Gens beschrieben werden, dann macht das für die Zulassung zuständige Europäische Patentamt schon mal eine Ausnahme. In den letzten Jahren mit zunehmender Häufigkeit.

Was könnte das zum Beispiel für Brandenburg bedeuten? Stellen wir uns vor, jemand würde herausfinden, dass das XY-Gen in der Gemeinen Spreewälder Gurke für die Produktion eines gesundheitsfördernden Proteins in der Gurke sorgt. Das

könnte Patent-Begehrlichkeiten wecken für alle Spreewälder Gurken, die dieses XY-Gen aufweisen. Es würde sich ggf. sogar auf andere Gemüsearten beziehen, die auch dieses XY-Gen besitzen. Beispielsweise auf andere Kürbisgewächse. Das Ende vom Lied könnte sein: Alle Spreewälder Gurkenbauerinnen und -bauern müssen Lizenzgebühren an den Patentinhaber bezahlen, obwohl sie schon seit Ewigkeiten diese Gurken anbauen.

Geht nicht, denken Sie? Leider schon. Darum fordert DIE LINKE solche Schlupfwinkel im Biopatentrecht sofort zu schließen.



Pressemitteilungen



Übergabe Klimakiste an Eberswalder Schule Sabine Stüber, 24.6.2010

Am 28.06.2010 wird Sabine Stüber, Bundestagsabgeordnete der LINKEN und in der Fraktion für Natur- und Artenschutz zuständig, eine Klimakiste an die Karl-Sellheim-Schule in Eberswalde übergeben. Die Übergabe findet um 9:00 Uhr im Raum 316 der Schule statt.

Die Klimakiste ist Teil des Aktionsprogramms „Klimaschutz in Schulen und Bildungseinrichtungen“ und soll diese bei ihren Klimaschutzprojekten unterstützen. Begleitet wird das Aktionsprogramm vom gemeinnützigen Verein „Bildungscen e. V.“

Die Klimakiste ist eine Art gut gefüllte Werkzeugkiste, in der sich, individuell je nach Altersstufen, technische Messgeräte, Instrumente sowie Informationsmaterialien befinden. Mit deren Hilfe sollen Klimawandel und Energieeinsparpotentiale von den Kindern und Jugendlichen besser verstanden werden.

In der an die Karl-Sellheim-Schule zu übergebenden Klimakiste für weiterführende Schulen befinden sich u. a. 5 Energiemonitore, Infrarotthermometer, Wasserdurchflussmengen-Messbecher oder ein CO₂-Messgerät. Damit können die Schülerinnen und Schüler selbst erproben, wie sich z. B. der CO₂-Gehalt der Raumluft während der Unterrichtsstunde ändert, wieviel Wasser aus dem Wasserhahn läuft, wenn man sich bei fließendem Wasser die Zähne putzt oder spielerisch erfahren, wieviel Strom ihr PC beim „Surfen“ im Internet verbraucht.

„Ich finde es enorm wichtig, dass bereits Kinder und Jugendliche ein Verständnis für den Klimaschutz und einen verantwortungsbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen entwickeln. Klimaschutz beginnt mit dem individuellen Handeln, wobei jede und jeder, selbst mit einfachen Mitteln, dazu beitragen kann,“ meint Sabine Stüber. Wir laden Sie, als Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Medien ein, bei der Übergabe dieser Klimakiste anwesend zu sein. Gerade im Hinblick auf die Initiative „ErneuerBAR“ sollte auf das umweltpolitische Engagement der Karl-Sellheim-Schule aufmerksam gemacht werden. Wie bereits eingangs erwähnt, erfolgt die Übergabe am 28.06.2010 um 9:00 Uhr in der Karl-Sellheim-Schule Eberswalde, Raum 316.



Beschlüsse der Justizminister weisen in die falsche Richtung Wolfgang Nešković , 24.6.2010

Zu den Beschlüssen der Justizministerkonferenz erklärt Wolfgang Neskovic, Bundesrichter a.D. und Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

"Die von den Ländern unterstützte Reform der Sicherungsverwahrung geht in die richtige Richtung, denn sie beseitigt grobe Mängel. So ist zum Beispiel die Abschaffung der nachträglichen Sicherungsverwahrung überfällig. Grundlegende Fehler der Sicherungsverwahrung bleiben jedoch bestehen. So hält die Koalition weiterhin an der unbefristeten Sicherungsverwahrung fest. Die Beibehaltung der Sicherungsverwahrung für nach Jugendstrafrecht Verurteilte ist rechtsstaatlich unerträglich. Gerade bei jungen Menschen, die noch in der Entwicklung sind, ist eine seriöse Prognose über zukünftige strafrechtlich bedeutsame Verhaltensweisen nicht möglich.

Der Einsatz von Fußfesseln hindert Straftäter nicht daran, rückfällig zu werden. Letztlich ist diese 'elektronische Eisenkugel' Aktionismus. Ihr Einsatz kann einen Mangel an Resozialisierungsmaßnahmen in keiner Weise auffangen. Eine verbesserte, enge Betreuung durch Bewährungshelfer wäre die bessere Lösung.

Eine zentrale Staatsanwaltschaft für Soldaten schafft gefährliche Nähe zwischen Justiz und Bundeswehr. Eine kritisch-zivile Distanz zwischen Justiz und Militär ist in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren unabdingbar. In einer besonderen Gerichtsbarkeit für Soldaten ist sie nicht länger garantiert. Das Akzeptieren der militärischen Sichtweise auf Taten während der Auslandseinsätze durch die Justiz wäre die naheliegende Folge. Es gilt, diese Annäherung zu vermeiden. Die Pläne sind deshalb abzulehnen.

Es ist richtig, dass sich die Landesjustizminister gegen das Fahrverbot als allgemeine Strafe ausgesprochen haben. Mit dem Fahrverbot wäre eine Art Sonderstrafrecht für Führerscheinbesitzer eingeführt worden. Dieses wäre unsozial und in seiner Auswirkung höchst ungleich gewesen."



Einfühlsames Urteil Wolfgang Nešković , 25.6.2010

„Das Urteil des Bundesgerichtshofs wird der Würde des Menschen gerecht. Es orientiert sich an der Lebenswirklichkeit vieler Angehöriger von Sterbenskranken. Diesen Menschen wurde heute eine große Last von den Schultern genommen.“, erklärt Wolfgang Neškovic, Bundesrichter a.D. und Mitglied des Fraktionsvorstands der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, zum Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zur passiven Sterbehilfe. Neškovic weiter:

„Das Urteil des Bundesgerichtshofs kommt dem gesellschaftlichen Wunsch nach einer eindeutigen Anerkennung von Patientenverfügungen entgegen. Der Richterspruch schafft die notwendige Klarheit im Umgang mit passiver Sterbehilfe. Der Bundesgerichtshof hat mit seinem Urteil den Patientenwillen gestärkt. Es ist richtig, dass die Richter das Selbstbestimmungsrecht von Kranken deutlich aufgewertet haben. Es spricht für das gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein der Richter, dass sie sich nicht in formaljuristischen Überlegungen verloren haben.“



Grundlegende Fehler Wolfgang Nešković , 25.6.2010

„Die geplante Reform der Sicherungsverwahrung beseitigt grobe Mängel in der Gesetzgebung. Der notwendige kriminalpolitische Kurswechsel ist aber ausgeblieben. Grundlegende Fehler der Sicherungsverwahrung werden festgeschrieben.“, erklärt Wolfgang Neškovic, Bundesrichter a.D. und Mitglied des Fraktionsvorstands der Linksfraktion im Deutschen Bundestag anlässlich der Neuordnung der Sicherungsverwahrung.

„Die Koalition wagt es nicht ausreichend, sich zu unseren rechtsstaatlichen Grundsätzen zu bekennen. Der Rechtsstaat ist eine Risikoveranstaltung. Unsere Grundwerte setzen voraus, dass der Staat nicht jedes Risiko für die Bevölkerung ausschließen kann. Deshalb gilt der Grundsatz: Im Zweifel für die Freiheit, nicht für die Sicherheit.“

Die Sicherungsverwahrung missachtet dieses Grundprinzip. Hier werden Gefangene für Taten bestraft, die sie noch gar nicht begangen haben. Dies geschieht, obwohl die tatsächliche Rückfallwahrscheinlichkeit kaum vorhersagbar ist. Experten gehen davon aus, dass bis zu 90% der dauerhaft Sicherungsverwahrten nach einer Entlassung nicht rückfällig würden. Diese Menschen werden auf Grundlage eines bloßen Verdachts ihrer Freiheit beraubt. Das widerspricht den Grundwerten unserer Gesellschaft. Besonders scharf zu verurteilen ist, dass die Sicherungsverwahrung für nach Jugendstrafrecht Verurteilte weiterhin möglich ist. Zudem hält die Koalition an der unbefristeten Sicherungsverwahrung fest. Beides ist ein grundlegender Fehler. Schwarz-Gelb hat damit die Chance vertan, in Menschen nicht nur den Täter und das Risiko zu sehen, sondern auch die Chance auf seine Wiedereingliederung in die Gesellschaft.“

Auch die Ausweitung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung bedeutet eine Fortsetzung des überzogenen Sicherheitsdenkens, das mit der nachträglichen Sicherungsverwahrung eingerissen ist. Es droht der massenhafte Vorbehalt zur Sicherungsverwahrung in richterlichen Urteilen. Die Sicherungsverwahrung würde so schnell wieder zum Normalfall.“



Hebammenberuf sichern Dagmar Enkelmann, 25.6.2010

Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, fordert schnelles Handeln der Bundesregierung.

Die finanzielle Situation von Hebammen und Geburtshelfer ist dramatisch. Zu geringe Entgelte für ihre Leistungen und hohe Haftpflichtprämien zehren die Einkommen vor allem freiberuflicher Hebammen und Geburtshelfer auf. Das wird sich durch die am 1. Juli 2010 exorbitant steigenden Prämien für Haftpflichtversicherungen zuspitzen. Am Ende werden sich freiberufliche Hebammen gezwungen sehen, ihren Beruf aufzugeben. Geburtshäusern droht Schließung. Die Fraktion DIE LINKE hatte bereits im April 2010 eine Anfrage "Zur Situation der Hebammen und Entbindungspfleger in Deutschland" gestellt. Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass das Bundesgesundheitsministerium noch im Mai dieses Jahres von den Problemen und Protesten der Hebammen weder etwas wissen wollte, noch Handlungsbedarf sah. Mittlerweile erkennt die Bundesregierung an, dass Hebammen bessere Arbeitsbedingungen brauchen.

"Dem müssen jetzt endlich Taten folgen, jetzt ist schnelles Handeln geboten", betont Dr. Dagmar Enkelmann. Ihre Fraktion hat dazu Mitte Juni einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht. In diesem fordert DIE LINKE, dass Krankenkassen und Hebammenverband sich kurzfristig über eine deutliche Erhöhung der Vergütung einigen. Art und Umfang der Hebammenleistungen sollen dann gesetzlich festgeschrieben werden, um auf dieser Grundlage ein angemessene Vergütung berechnen zu können. Darüber hinaus ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu beauftragen, die Angemessenheit der Prämien der Haftpflichtversicherer für Hebammen und Geburtshelfer zu überprüfen. Schließlich, so fordert DIE LINKE, ist gesetzlich ein gemeinsamer Haftungsfonds für alle Heilberufe zu schaffen.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Alle Pressemitteilungen finden Sie auch immer aktuell auf der Website der Linksfraktion www.linksfraktion.de

Pressemitteilungen



Akzeptanz für Kitas steigt – die Haushaltsdefizite der Kommunen auch Diana Golze, 28.6.2010

Eine "schallende bildungs- und finanzpolitische Ohrfeige für die Union" sieht Diana Golze im heute veröffentlichten "Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2010" der Bertelsmann Stiftung. „Bereits bei der Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes war absehbar, dass das Ziel, die Betreuungsquote für Unter-Drei-Jährige bis 2013 auf 35 Prozent zu erhöhen, aufgrund des steigenden Bedarfs nicht realistisch ist. Die Zahlen der Bertelsmann-Stiftung bestätigen dies noch einmal", so die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Golze weiter:

"Seit Jahren wird die frühkindliche Bildung zu einem zentralen Punkt auf der politischen Agenda erklärt. Den vollmundigen Versprechungen sind von Seiten des Bundes bislang aber viel zu wenig Taten gefolgt, als dass das Ziel des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für jedes Kind erreichbar wäre. Stattdessen schieben die regierenden Parteien den schwarzen Peter bei der Kinderbetreuung seit Jahren den Ländern und Kommunen zu, ohne gleichzeitig die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese finanzielle Schieflage muss endlich beseitigt werden. Der Bund muss sich dauerhaft und umfassend an der Finanzierung der Kindertagesbetreuung beteiligen. Die Bundeskanzlerin hat Bildung zur Chefsache erklärt. Die Schlussfolgerung kann deshalb eigentlich nur lauten, dass das Gros der Finanzierung am Ende nicht an den Kommunen hängen bleiben darf."



Regierung muss ihrer Verantwortung bei der Kinderbetreuung nachkommen Diana Golze, 29.6.2010

"Am panischen Aufschrei von der Regierungsbank erkennt man, dass die Bertelsmann-Stiftung mit ihrer Studie zur Kinderbetreuung den Finger in eine offene Wunde gelegt hat", kommentiert Diana Golze die Reaktion von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) auf den von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichten "Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme". Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Die Bundesregierung muss endlich ihrer Verantwortung bei der Kinderbetreuung nachkommen und sich in einem Umfang am Ausbau der Kindertagesbetreuung beteiligen, der den Realitäten entspricht. Das beständig wiederholte Mantra, mit dem vier Milliarden Euro schweren Sondervermögen habe der Bund seinen Beitrag geleistet, wird die katastrophale Situation im Betreuungsbereich nicht ändern. Wenn die Familienministerin nun vor laufenden Kameras meint, die Kommunen an ihre Pflichten erinnern zu müssen, ist das mehr als anmaßend. Die falschen Prioritäten in der Haushaltspolitik haben nicht die Länder sondern der Bund gesetzt. Auf höchster Ebene verschließt man seit Jahren die Augen vor dem realen Kinderbetreuungsbedarf. Wer Zukunftsprogramme ins Leben ruft, kommt an einer massiven Erhöhung der Ausgaben für Kinderbetreuung nicht vorbei. Ein zukunftsfähiges Land braucht flächendeckende Ganztagsbetreuung, Kinder brauchen nicht nur einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, es muss auch ein ausreichendes Angebot vorhanden sein. Diese Aufgaben allein auf Länder und Kommunen abzuwälzen, ist mehr als billig."



Beschlüsse der Justizminister weisen in die falsche Richtung Wolfgang Nešković, 30.6.2010

Das gestrige Urteil des Europäischen Gerichtshofes bedeutet eine schwere Niederlage für Generalbundesanwältin Jutta Harms. Die Bundesjustizministerin muss sich fragen lassen, ob sich liberale, den Freiheitsrechten verpflichtete Rechtspolitik mit einer solchen Behördenleitung verwirklichen lässt. Frau Harms muss endlich durch jemanden ersetzt werden, der den Rechtsstaat ernstnimmt und sich nicht in erster Linie als von blindem Verfolgungseifer getriebenen „Terroristenjäger“ versteht.“, erklärt Wolfgang Nešković, Bundesrichter a.D. und Mitglied im Vorstand der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, zu einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), nach dem die vor Mitte 2007 bestehende EU-Terrorliste nicht Grundlage für eine strafrechtliche Verfolgung sein kann. Nešković weiter:

„Die Bundesanwaltschaft musste sich vom EuGH bescheinigen lassen, dass sie mit ihrer Argumentation gegen das strafrechtliche Rückwirkungsverbot verstößt. Das ist eine weitere eklatante juristische Blamage für die Generalbundesanwaltschaft. Das Maß ist endgültig voll. Frau Harms hat in der Vergangenheit häufig - vor allem in Fällen mit hoher politischer Brisanz - Entscheidungen zu verantworten, die weit unter den erforderlichen juristischen Standards lagen. Deswegen hat sie beim Bundesgerichtshof auch bereits so viele schwere juristische Niederlagen hinnehmen müssen wie kein Generalbundesanwalt vor ihr. Der Bundestag muss nach dem Urteil des EuGH tätig werden. Strafrechtliche Verurteilungen dürfen nicht länger von in regelmäßig Abständen wechselnden EU-Ministeratsbeschlüssen abhängen. Auf diese Entscheidungen nach Gutdünken hat der Bundestag momentan keinerlei Einfluss. Das muss ein Ende finden.“

Reden



LINKE fordert wirksame EU-Verordnung gegen Holz aus Raubbau! @

Kirsten Tackmann, 1.7.2010

Wir wollen keine Möbel aus Raubbau-Holz. Doch so einfach ist das nicht. Man kann sich leider nicht sicher sein, dass alles mit rechten, also ökologisch und sozial verantwortungsvollen Dingen zugegangen ist. Illegaler Raubbau in den Wäldern des Südens und teilweise auch Ostens ist immer noch auf der Tagesordnung. Illegaler Raubbau muss geächtet werden. Ihm ist durch wirksame Handelseinschränkung die Grundlage zu entziehen. Genau vor dieser Aufgabe steht die Europäische Union (EU).



Kein Patent auf Leben! @

Kirsten Tackmann, 1.7.2010

Das Ziel, das mit Biopatenten verfolgt wird, ist die Kontrolle über das Leben und Lebensmittel. Wer über Biopatente Nahrungsmittel kontrolliert, hat Macht bis hin zur Erpressbarkeit. Deshalb ist die Kontrolle über Nahrungsmittelquellen eine der effektivsten Gelddruckmaschinen, die es gibt, weshalb wir dort genau hinschauen müssen.

The screenshot shows the YouTube channel page for 'DIE LINKE IM BUNDESTAG'. The main video player displays an interview with Luc Jochimsen. Below the player, the video title is 'Das Interview: Luc Jochimsen, DIE LINKE' with a view count of 6,920. To the right, a list of uploads includes videos by Barbara Höll, Yvonne Ploetz, Axel Troost, Dietmar Bartsch, and Eva-Bulling-Schröber. The bottom section shows the 'Letzte Aktivität' with a video upload by Wolfgang Gehroke.

Alle Reden immer aktuell als Video im YouTube-Channel der Linksfraktion: <http://www.youtube.de/linksfraktion>

Anträge, Anfragen & Initiativen

Rückblick: Parlamentarische Arbeit der LINKSFRAKTION in dieser Sitzungswoche

Hinweis: Mit einem Klick auf das @-Symbol hinter einem Artikel öffnet sich Ihr Browser und Sie gelangen zum entsprechenden Dokument auf der Website der Linksfraktion.

Anfragen

25.06.2010

GROSSE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2218



Gesundheitliche Ungleichheit im europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung

2010 ist das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Wir wollen aufzeigen, dass soziale und gesundheitliche Ungleichheit direkt miteinander korrelieren. Wir fragen die Bundesregierung nach ihren Maßnahmen zur Verminderung der gesundheitlichen Ungleichheit (mit besonderem Augenmerk auf die Validität der Daten und der Maßnahmen) und wollen darstellen, dass gesundheitliche Ungleichheit nicht ohne eine Verminderung der sozialen Ungleichheit bekämpft werden kann.

25.06.2010

GROSSE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2219



Umsetzung des neuen Pflegebegriffs (gemäß Bericht des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs)

Seit der Einführung der Pflegeversicherung (SBG XI) ist der ihr zugrunde liegende verrichtungsbezogene Pflegebegriff zu eng. Er benachteiligt trotz Leistungsverbesserungen der letzten Jahre insbesondere Menschen mit demenziellen Erkrankungen und sog. „geistigen Behinderungen“. Seit 2009 liegen Empfehlungen und Umsetzungsvorschläge vor. Die BR sieht trotzdem keinen dringenden Handlungsbedarf. Die GA will das Thema für DIE LINKE setzen und für eine zügige Umsetzung zusätzlichen Druck schaffen.

25.06.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2220



Ausbeuterische Kinderarbeit bei der Herstellung von Grabsteinen

Die Stadt Nürnberg hat festgelegt, dass das Aufstellen von Grabmalen untersagt ist, die durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden. Dagegen hat ein lokaler Steinmetz geklagt und Recht bekommen. Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags gehen davon aus, dass ein Bundesgesetz verabschiedet werden muss. Wir befragen die Bundesregierung, wie eine gesetzliche Grundlage aussehen kann.

25.06.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2221



Abschluss von Rückübernahmeabkommen mit der Türkei und weitere Kooperation bei der Flüchtlingsabwehr

Sowohl die EU als auch die Bundesrepublik verhandeln mit der Türkei über ein Abkommen, mit dem die "Rücknahme" eigener und fremder Staatsangehöriger, die ohne gültigen Aufenthaltstitel ins Staatsgebiet des anderen Vertragspartners einreisen oder sich dort aufhalten, geregelt werden soll. Davon betroffen wären zum Beispiel Flüchtlinge aus dem Irak. Dies entspricht dem ausdrücklichen Willen von Kanzlerin Merkel, die jüngst forderte den Transit von Flüchtlingen über die Türkei einzudämmen.

25.06.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2222



Goldener Plan Ost – Förderung des Breitensports

Mit dem Förderprogramm „Goldener Plan Ost“ hat der Bund seit 1999 die Errichtung von Sportstätten für den Breitensport in den neuen Bundesländern unterstützt. Obwohl das originäre Ziel, die Angleichung der Sportstätteninfrastruktur in Ost- und Westdeutschland, nicht erreicht ist, haben die Mitglieder der CDU/CSU und FDP das Aus für diese Förderung beschlossen. Offen scheint die Frage, wie bereits für 2010 begonnene Maßnahmen nach Streichung der Mittel finanziert werden.

28.06.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2257

@

Lösungszuflüsse im Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)

Die Schachtanlage Bartensleben-Marie in Morsleben wird als Endlager für radioaktive Abfälle genutzt. Bis 1998 sind 36.753 m³ radioaktiven Abfalls dort eingelagert worden, davon zwei Drittel nach 1994. Seit Jahrzehnten gibt es in den Schächten Lösungszuflüsse. Wir fragen die Bundesregierung, wie mit diesen Lösungszutritten umgegangen wird, welche Relevanz sie für den Endlagerstandort haben und wie groß die Gefahr einer radioaktiven Kontamination von Natur und Umwelt ist.

28.06.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2256

@

Saatgutverunreinigungen mit dem gentechnisch veränderten Mais NK 603

Der Saatgutskandal von Niedersachsen muss aufgeklärt werden. Der Vorfall zeigt, dass eine Koexistenz von konventioneller und Gentech-Landwirtschaft ist nicht machbar ist und gentechnikfreie Landwirtschaft geschützt werden muss.



29.06.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2274

@

Abordnungspraxis und innerer Zustand der Bundespolizei

Die Anfrage dient der Vorbereitung der Anhörung zur Reform der Bundespolizei. Die Bundespolizei ist einem hohen Aufgabenzuwachs ausgesetzt, der weder personell noch materiell untersetzt ist. Eine umfangreiche Abordnungspraxis und eine jenseits des Organisations- und Dienstpostenplans existierende informelle Dienstpostenplanung führt zu erheblicher Überlastung der Beschäftigten.

29.06.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2275

@

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 2010

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Straftaten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren und aktuelle Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, jüdischen Organisationen und Verbände etc. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile eine wichtig gewordene Orientierung.

29.06.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2276

@

Schließung des UNHCR-Büros in Tripolis (Libyen)

Der Hohe Kommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) kümmert sich insbesondere in den Ländern, in den kein funktionierendes Asylsystem besteht, um die Anerkennung und Registrierung von Flüchtlingen und beobachtet den staatlichen Umgang mit ihnen. Das Regime in Libyen hat während einer Verhandlungsrunde mit der EU über ein Partnerschaftsabkommen die Tätigkeit des UNHCR untersagt. Wir wollen von der Bundesregierung wissen, welche Konsequenzen sie daraus zieht.

29.06.2010

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE 17/2277

@

Visakodex und Visumverfahren

Angehörige der EU-Staaten benötigen zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland kein Visum. Alle übrigen Ausländer/innen sind für Aufenthalte in Deutschland grundsätzlich visumpflichtig. Verantwortlich für die Visumerteilung sind die Botschaften und Generalkonsulate der Bundesrepublik Deutschland. Die Versagung eines Visums bedarf keiner Begründung. So wird auch nicht erkennbar, woran (Einkommen, Sicherheitsbedenken, Rückkehrwahrscheinlichkeit, fehlende Unterlagen etc.) dies gelegen hat.

Anträge, Anfragen & Initiativen

Rückblick: Parlamentarische Arbeit der LINKSFRAKTION in dieser Sitzungswoche

Hinweis: Mit einem Klick auf das @-Symbol hinter einem Artikel öffnet sich Ihr Browser und Sie gelangen zum entsprechenden Dokument auf der Website der Linksfraktion.

Anträge

22.06.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE 17/2232

G 20 Gipfel in Toronto - Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und nachhaltige Regulierung der Weltwirtschaft durchsetzen

Seit dem letzten G 20 Gipfel wurden von den G 20 weder Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte noch Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise auf den Weg gebracht. DIE LINKE fordert Beschlüsse zum Verbot von Credit Default Swaps, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und zur Eindämmung der Spekulation auf Währungen. Zur Bekämpfung der globalen Ungleichgewichte fordern wir einen Ausgleichsmechanismus in Anlehnung an Keynes Clearing Union und ein internationales Konjunkturprogramm.

23.06.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE 17/2259

UN-geführte Untersuchung des israelischen Angriffs auf den Gaza-Hilfstransport – Sofortige Aufhebung der Blockade

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich für eine unabhängige Untersuchung des Angriffs auf die Gaza-Flottille einzusetzen und gegenüber Israel klar Position für die Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens beziehen.

30.06.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE 17/2322

Unabhängige Patientenberatung in Regelangebot überführen

Die Modellprojektphase der „Unabhängigen Patientenberatung Deutschland / UPD“ läuft zum Jahresende aus. Darum ist die UPD umgehend in ein Regelangebot auf sicherer Finanzgrundlage zu überführen, damit bestehende Miet- und Arbeitsverträge verlängert werden können. Trotz verbaler Übereinstimmung mit diesem Ziel ist die Koalition noch nicht aktiv geworden. Sollte kurzfristig eine Regelung über Änderungsanträge zu einem sonstigen laufenden Gesetzesverfahren erfolgen, wird dieser Antrag obsolet.

30.06.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE 17/2324

Für ein modernes Preisbildungssystem bei Arzneimitteln

Der Antrag enthält ein Konzept für eine nutzenorientierte Preisbildung bei Arzneimitteln. Bislang gibt es keinerlei Regelungen zur Begrenzung insbesondere von neuartigen Arzneimitteln. Wir fordern ein Preisbildungssystem, das sich maßgeblich am nachgewiesenen Nutzen für Patientinnen und Patienten orientiert. Dafür sind zulassungsbegleitende Studien vorgesehen, deren Inhalt und Veröffentlichung zur Vermeidung von Verzerrungen behördlich vorgeschrieben

30.06.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE 17/2325

Menschenrecht auf Freizügigkeit ungeteilt verwirklichen

In Deutschland unterliegen Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge der so genannten Residenzpflicht. Ihnen wird ein Wohnort (u.a. Aufnahmelager) zugewiesen, und sie dürfen den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde nicht ohne Erlaubnis verlassen. Bei Verstößen drohen Geldbußen und Haftstrafen. Die Durchsetzung der Residenzpflicht fördert Rassismus in der Polizei und die öffentliche Stigmatisierung von nicht-deutsch aussehenden Menschen. DIE LINKE fordert die Abschaffung der Residenzpflicht.



30.06.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE 17/2326

@

Auch Verletztenrenten von NVA-Angehörigen der DDR anrechnungsfrei auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende stellen

Angehörigen der Nationalen Volksarmee, die wegen einer erlittenen Schädigung bei der NVA eine Verletztenrente erhalten, wird diese Rente vollständig auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende angerechnet. Bei Dienstbeschädigten der Bundeswehr wird die Verletztenrente bis zur Höhe der Grundrente anrechnungsfrei gestellt. Die Bundesregierung soll die Schlechterstellung der NVA-Angehörigen beseitigen und einen entsprechenden Beschluss des Petitionsausschusses und des Bundestages umsetzen.

1.7.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE 17/2351

@

Ausgrenzung ausschließen - Einbürgerungen umfassend erleichtern

Die Zahl der Einbürgerungen liegt aktuell weit unterhalb der Werte, wie sie zuletzt noch unter dem bis Ende 1999 geltenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahre 1913 erzielt wurden. DIE LINKE. fordert Erleichterungen bei der Einbürgerung wie die Senkung der Einbürgerungsgebühren auf einen symbolischen Betrag, Einbürgerungen unabhängig vom Einkommen nach fünf Jahren, die Abschaffung der Einbürgerungstests und der so genannten Optionspflicht sowie die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit.

2.7.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE 17/1151

Banken regulieren - Spekulationsblasen verhindern

Banken soll der Handel auf eigene Rechnung mit Wertpapieren, Rohstoffen, Währungen etc. untersagt werden. Banken dürfen nicht länger mit den Kundeneinlagen zocken. Darüber hinaus soll das Verbot ungedeckter Leerverkäufe (Wetten auf fallende Kurse von Aktien, die der Anleger nicht einmal besitzt) weiter geführt werden.

2.7.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE 17/1733

Kreditausfallversicherungen (CDS) und deren Handel vollständig verbieten

Kreditausfallversicherungen (CDS) sind reines Spekulationsinstrument. Bei einem Verbot von CDS ist es nicht länger möglich, mit diesem Instrument gegen die Zahlungsfähigkeit von Staaten und anderen Schuldnern zu spekulieren.

2.7.2010

ANTRAG – DRUCKSACHE 17/887

Finanziellen Verbraucherschutz stärken - Finanzmärkte verbrauchergerecht regulieren

Verbraucherinteressen müssen auf den Finanzmärkten wirksam vertreten und somit Teil der Finanzaufsicht sein. Deshalb fordert DIE LINKE eine Verbraucherschutzbehörde für Finanzmärkte. Ebenso muss unabhängige und qualifizierte Beratung allen zugänglich sein.

Entschließungsanträge

28.06.2010

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE 17/2193

@

Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Der Entschließungsantrag präsentiert die inhaltliche Begründung für die Ablehnung der SGB II Organisationsreform durch DIE LINKE. Mängel und Defizite der vorgeschlagenen Organisationsreform werden benannt. Da aus politischen Gründen auf einen inhaltlichen Antrag zu dieser Thematik verzichtet wurde, ist es notwendig die Position der LINKEN wenigstens in der Kritik kenntlich zu machen. Der Schulterchluss mit dem DGB in dieser Frage wird betont.

Wahl des Bundespräsidenten

»Gabriel hat sich verzockt«



Gesine Löttsch, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, analysiert die Vorgänge vor und bei der Wahl des Bundespräsidenten am 30. Juni und antwortet

mit sachlichen Argumenten auf die aggressive Legendenbildung bei SPD und Grünen. "In NRW wird sich zeigen, ob SPD und Grüne aus der gestrigen Niederlage etwas gelernt haben", so Löttsch.

Interview: www.linksfraktion.de, 1. Juli 2010

Wer sind die Gewinner des gestrigen Tages?

Luc Jochimsen hat mit einem großartigen Ergebnis überzeugt. Sie hat sogar mehr Stimmen bekommen, als wir Wahlfrauen und Wahlmänner haben. Das zeigt, dass unsere Kandidatin auch aus den anderen Lagern unterstützt wurde. Ich hatte bereits vor der Wahl meine Erwartung geäußert, dass Sozialdemokraten und Grüne, die gegen den Afghanistan-Krieg und gegen Hartz IV sind, Luc wählen müssten. Denn die beiden anderen Kandidaten unterstützen den Krieg und den Sozialabbau in unserem Land. Gewonnen hat auch unsere Partei. Es ist Sigmar Gabriel und Jürgen Trittin nicht gelungen, einen Keil in unsere Delegation zu treiben.

Wer sind die Verlierer des gestrigen Tages?

Es gibt viele Verlierer. Die Kanzlerin und der Außenminister wurden von ihren eigenen Leuten abgestraft. Die Regierung konnte erst im dritten Wahlgang ihren Kandidaten Wulff in das Amt wählen. Damit sind die Regierung und der Bundespräsident beschädigt. Es ist nicht gut für die Demokratie, wenn die Wahl des Bundespräsidenten genutzt wird, um Denkmäler zu verteilen. Aber auch SPD und Grüne gehören zu den Verlierern. Sie haben der Koalition mit Gauck ein konservatives Angebot gemacht und hatten die Hoffnung, dass sie so die Kanzlerin in Bedrängnis bringen oder sogar stürzen könnten. Gabriel hat sich verzockt. Als er merkte, dass die Kanzlerin ihm die kalte Schulter zeigte, weil das Angebot wohl doch nicht verlockend genug war, wollte er plötzlich unsere Stimmen haben. Doch wir haben immer gesagt, dass Joachim Gauck für uns kein wählbarer Kandidat ist. Einen Plan B hatte Sigmar Gabriel nicht.

Hätte DIE LINKE nicht über ihren Schatten springen können, um Wulff zu verhindern?

Ich erinnere an die Wahlniederlage der PDS im Jahre

2002. Unsere Wahlkampfleitung hatte damals das Motto ausgegeben: Stoiber verhindern! Das Ergebnis war, dass linke Wähler die SPD gewählt haben und wir als Fraktion aus dem Bundestag flogen. Wir hatten uns überflüssig gemacht. Das war für die PDS der Supergau. Dann kam Schröder und führte wieder Krieg von deutschem Boden aus und begann mit der Agenda 2010 eine bis dahin unbekannte Umverteilung von unten nach oben. Wir haben Stoiber verhindert und Schröder bekommen. Unsere Strategie war damals offensichtlich falsch. Diesen Fehler haben wir diesmal nicht wiederholt. Wir wählen keinen Kandidaten, der in Kernfragen grundsätzlich andere Auffassungen vertritt als wir. Wir verraten doch nicht unsere Grundüberzeugung, um einen konservativen Politiker durch einen anderen konservativen Politiker zu ersetzen.

Hätten Sie nicht mit der Wahl von Joachim Gauck ein Zeichen setzen, dass Sie mit der Geschichte der SED gebrochen haben?

Joachim Gauck kann uns keine Absolution erteilen. Wir werden uns nie von unserer Geschichte trennen können. Das wollen wir auch gar nicht. DIE LINKE hat ein sehr kritisches Verhältnis zu ihrer Geschichte. Wir unterscheiden uns da von CDU und FDP, die ihre ostdeutsche Geschichte komplett ausgeblendet haben.

Hat DIE LINKE damit die Chancen für Rot-Rot-Grün auf Bundesebene verspielt?

Ganz im Gegenteil. Joachim Gauck hat sich ganz klar gegen eine solche Koalition ausgesprochen. Man stelle sich vor, wir hätten ihn gewählt. Dann hätte er aus dem Schloss Bellevue zusammen mit der Springer-Presse gegen eine solche Koalition gewettert. Dann hätten wir keine Chance gehabt. Hinzu kommt noch, dass SPD und Grüne jetzt hoffentlich verstanden haben, dass wenn wir nein sagen, auch nein meinen. Ich bin mir sicher, dass wir einen gemeinsamen Kandidaten gefunden hätten. Doch das war von SPD und Grünen nicht gewollt. Sie haben uns einen Kandidaten vorgesetzt, bei dem sie vorher wussten, dass er für uns nicht wählbar ist. Das SPD-Grüne-Motto 'Friss oder stirb' hat sich offensichtlich nicht bewährt. DIE LINKE ist sofort bereit, mit SPD und Grünen einen neuen Anlauf zu wagen. Voraussetzung ist, dass wir auf Augenhöhe verhandeln. In NRW wird sich zeigen, ob SPD und Grüne aus der gestrigen Niederlage etwas gelernt haben.



Kontakt



Die gewählten Abgeordneten des Landesverbands DIE LINKE Brandenburg bilden eine Landesgruppe. Zur Landesgruppe Brandenburg gehören (v.l.) Wolfgang Neskovic, Dagmar Enkelmann, Kirsten Tackmann, Thomas Nord, Sabine Stüber, Diana Golze. Thomas Nord hat die Funktion des Sprechers der Landesgruppe übernommen.

Dagmar Enkelmann



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de



Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de

Diana Golze



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 5311
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Bürgerbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Sabine Stüber



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Kirsten Tackmann



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de



Alle Artikel gibt es auch online unter

http://www.dielinke-brandenburg.de/parlamente/im_bundestag/bundestagsreport/

**als Reintext zum komfortablen Ausdrucken.
Der nächste Bundestagsreport erscheint am 9. Juli**



Impressum

- Deutscher Bundestag - Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; - Platz der Republik 1; 11011 Berlin

Tel.: (030) 227-72675; Fax: (030) 227-76675; E-Mail: dielinke-landesgruppe-brandenburg@bundestag.de